

Wahlprüfstein Kolpingwerk

Familien fördern und eine Perspektive geben

Für uns stellen sich folgende Fragen:

Wie kann das nach wie vor hohe Niveau an geringfügiger Beschäftigung dauerhaft reduziert werden?

Minijobs werden zur Armutsfalle für Menschen im Alter, v.a. für Frauen. Wir möchten daher, dass jede Beschäftigung sozialversicherungspflichtig ist, egal, ob für wenige Stunden im Monat oder in Vollzeitarbeit. Dabei darf die Belastung im Übergang zwischen Minijobs, Midijobs und „normaler“ vollständig versicherungspflichtiger Arbeit nicht mehr sprunghaft sein, um allen Arbeitnehmer*innen den Wechsel zwischen verschiedenen Arbeitszeitmodellen zu ermöglichen.

Wie kann das Risiko der Kinderarmut eingegrenzt und die Situation von Familien mit Migrationshintergrund verbessert werden?

Für uns GRÜNE stehen Kinder und Familien im Mittelpunkt unseres Handelns. Wir wollen alle Familien in ihren vielfältigen Bedürfnissen und Lebensentwürfen unterstützen. Um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen, benötigen wir dringend eine bundesweite Kindergrundsicherung, die den Mindestbedarf der Kinder deckt. Dadurch werden bürokratische Hürden abgebaut und auch Kinder, die in armen Familien aufwachsen, können ein selbstbestimmtes Leben führen. Kernpunkte der Landespolitik bei der Bekämpfung von Kinderarmut sind eine gute soziale Infrastruktur, kostenfreie Bildung, Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme sowie die gezielte Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in Armut.

Ein flächendeckendes Netz kostenfreier landesgeförderter Beratungsstellen in Rheinland-Pfalz hilft Familien in besonderen Problemlagen. Wir wollen diese Beratungsangebote fördern und weiterentwickeln, um den Zugang zu ihnen zu erleichtern. Das gilt auch für die Häuser der Familien, Familienbildungsstätten und Familienzentren. Darüber hinaus wollen wir Kitas und Grundschulen als Kinder- und Familienzentren weiterentwickeln. Hier können Eltern wohnortnah und niedrigschwellig vielfältig vernetzte Dienstleistungen für Kinder und Familien entweder direkt in Anspruch nehmen oder sich vermitteln lassen.

Wir wollen Familien entlasten und mit den Zuwendungen versorgen, die ihnen zustehen (Elterngeld, Elternzeit, Kindergeld, usw.), ohne den aktuellen mühsamen Hürdenlauf. Daher starten wir ein Modellprojekt in Rheinland-Pfalz: Familien sollen die ihnen zustehenden finanziellen Leistungen bei einer einzigen Stelle beantragen können – „alle Leistungen aus einer Hand“.

Das Armutsrisiko ist bei Alleinerziehenden nach wie vor extrem hoch. Wir setzen uns dafür ein, dass sie durch die Kindergrundsicherung und wirksame Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr Unterstützung erfahren. Auch Kinder aus Familien

mit Migrationshintergrund sind ungleich häufiger von Armut bedroht als Kinder, die in Familien ohne Migrationshintergrund aufwachsen. Wir wollen in Rheinland-Pfalz die Voraussetzung dafür schaffen, dass jeder Mensch, unabhängig von Herkunft und Religion, an der Gesellschaft teilhaben kann. Das Asylbewerberleistungsgesetz stellt den Grundsatz der Würde für alle infrage. Es ist es höchste Zeit für gleiche Rechte und damit für die Abschaffung dieses Gesetzes. Dafür werden wir GRÜNE uns im Bundestag weiterhin stark machen.

Mit welchen Maßnahmen bzw. ergänzenden Maßnahmen über die aktuellen gesetzlichen Regelungen hinaus, kann eine familienfreundliche Arbeitswelt gefördert werden?

Gute Bildungs- und Betreuungsangebote sind eine zentrale Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das hat gerade die Corona-Krise mit den Schul- und Kitaschließungen sehr deutlich gezeigt. Gleichzeitig muss eine familien- und zeitgerechte Politik die Bedingungen dafür schaffen, dass die Vereinbarkeit auch in den sich wandelnden Lebensphasen der Familienmitglieder verwirklicht werden kann. Dazu zählt das Recht auf familienbedingte Teilzeit ebenso wie der Rechtsanspruch auf Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung. Wir setzen uns für flexible Vollzeitmodelle ein, die Beschäftigten ermöglichen, ihre wöchentliche Arbeitszeit innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden zu variieren. Es soll auch selbstverständlich sein, von zu Hause arbeiten zu können, um Arbeit und Familie besser unter einen Hut zu bekommen. Wenn keine wichtigen Gründe dagegensprechen, sollen Arbeitnehmer*innen ein Recht auf Homeoffice und mobiles Arbeiten haben. Um die Umsetzung des Rechts auf Homeoffice und mobiles Arbeiten sicherzustellen, wollen wir Unternehmen bei der Digitalisierung der Arbeitsabläufe einschließlich Datensicherheit und Arbeitsschutz unterstützen. Familie bedeutet, auch in schwierigen Lebenslagen füreinander da zu sein. Deshalb wollen wir bei Pflegebedürftigkeit eines Familienmitglieds das Recht stärken, die Arbeitszeit reduzieren zu können.

Bei der Weiterentwicklung der Regelungen zum Elterngeld wollen wir die partnerschaftliche Aufteilung der Sorge für Kinder zur Norm machen. Mit der KinderZeit Plus wollen wir bundesweit den Anspruch auf Elterngeld von derzeit 14 auf 24 Monate erhöhen, wovon jedem Elternteil jeweils acht Monate zustehen. Die weiteren acht Monate können sich die Eltern untereinander aufteilen. Sie können die Monatsbeträge abwechselnd oder gleichzeitig beziehen. Alleinerziehende haben Anspruch auf die vollen 24 Monate KinderZeit Plus.

Zeitkonflikte in Familien entstehen häufig, weil die Taktung vor Ort, beispielsweise von Kitas, Schulen und dem Nahverkehr, nicht aufeinander abgestimmt ist. Deshalb werden wir die Zeitbüros und Zeitlotsen in den Kommunen auch künftig fördern.

Erwachsenenbildung im Blick behalten

Welche konkreten Schritte müssen Ihrer Meinung nach unternommen werden, um im Bereich der Erwachsenenbildung bei den Corona-Hilfen nachzusteuern?

Uns GRÜNEN ist klar, wie wichtig die Erwachsenenbildung ist. Sie sichert gesellschaftliche Teilhabe, erweitert Horizonte und eröffnet neue Perspektiven und Chancen.

Dementsprechend haben wir uns und werden uns auch weiterhin sowohl auf Landes- sowie Bundesebene stark machen, die Träger der Erwachsenenbildung angemessen zu unterstützen. Denn uns ist viel daran gelegen, dass alle Träger der Erwachsenenbildung sowie ihre Beschäftigten gut durch die Krise kommen. Dazu gehört für uns auch, dass wir die Weiterbildungseinrichtungen dabei unterstützen werden, mit digitalen Formaten zu experimentieren und das digitale Angebot auszubauen. Auch das hat uns die derzeitige Situation gezeigt.

Wie werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode für die anerkannten Weiterbildungsorganisationen und die Volkshochschulen als vierte Säule des Bildungswesens einsetzen?

Für uns GRÜNE ist klar, dass Bildung stärker als jemals zuvor in jedem Alter selbstverständlicher Teil des Lebens werden muss. Die allgemeine und berufliche Weiterbildung ist dabei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Grüne Weiterbildungspolitik steht für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe. Ob aus privatem Interesse oder zur beruflichen Qualifizierung, die rheinland-pfälzischen Weiterbildungseinrichtungen tragen maßgeblich dazu bei, Informationen zugänglich zu machen und Neues zu lernen. Deshalb haben wir uns immer für den Ausbau und die Förderung der Volkshochschulen und der anerkannten Weiterbildungsorganisationen eingesetzt und werden dies auch künftig tun.

Wir müssen die Transformation der Arbeitswelt sozial und ökologisch gestalten und den damit verbundenen Herausforderungen wie Klimaschutz und Digitalisierung Rechnung tragen. Aus unserer Sicht braucht es dafür einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Umschulung, der solidarisch finanziert wird. Dazu wollen wir anregen, die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung zu erweitern, um die Transformation der Arbeitswelt gerecht und partizipativ zu gestalten. Die Weiterbildung als vierte Säule des Bildungswesens ist hier der wesentliche Partner und muss dementsprechend auskömmlich finanziert werden.

Zudem wollen wir QualiScheck als breit angelegtes Programm zur Förderung beruflicher Weiterbildung fortführen und auch die Möglichkeiten der Freistellung bekannter machen, damit mehr Berufstätige bezahlten Bildungsurlaub in Anspruch nehmen können.

Gemeinsam mit den Volkshochschulen und Weiterbildungsorganisationen haben wir Grundbildung und Alphabetisierung zu einem Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Weiterbildungspolitik gemacht. Diese Angebote wollen wir weiter ausbauen, weil sie die Grundvoraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe stärken.

Auch Menschen ohne Schulabschluss verdienen im Rahmen der Weiterbildung eine zweite Chance. Wir wollen die Weiterbildungszentren gezielt unterstützen, damit Schulabschlüsse nachgeholt werden können. Diese Bildungsabschlüsse sollen aus GRÜNER Sicht kostenfrei sein, damit alle dieses Angebot auch nutzen können. Dieses Vorhaben erfordert eine sehr

viel höhere finanzielle Beteiligung, von der die Weiterbildungseinrichtungen profitieren werden.

Was werden Sie unternehmen, damit es zukünftig wieder zur Einrichtung einer Abteilung Weiterbildung kommt?

Für uns GRÜNE bemisst sich der Stellenwert der Weiterbildung nicht an der Organisation der Abteilungen im jeweils zuständigen Ministerium. Für uns GRÜNE ist jedoch wichtig, dass der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz wieder mehr Priorität eingeräumt wird. Alle Maßnahmen, die diesem Ziel zuträglich sind, begrüßen wir und werden wir selbstverständlich unterstützen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, bürokratische Hürden und Herausforderungen zugunsten der Umsetzung innovativer Ideen in Modellprojekte im Bereich der Weiterbildung abzubauen?

Die vereinfachte Kulturförderrichtlinie ist ein sehr gutes Beispiel dafür, dass Projektförderung auch mit deutlich weniger bürokratischem Aufwand möglich ist. In diesem Sinne können wir uns auch für die Weiterbildung derartige Verbesserungen etwa im Zusammenhang mit einem vereinfachten Verwendungsnachweis, einem vorzeitigen Maßnahmenbeginn oder auch einem vereinfachten Mittelabruf vorstellen.

Den rasanten Wandel in der Arbeitswelt organisieren

Für uns stellen sich folgende Fragen:

Mit welchen gesetzlichen Maßnahmen lässt sich ggf. eine Benachteiligung von abhängig Beschäftigten bei schnellen Veränderungen verhindern?

Die Digitalisierung, die ökologische Transformation der Wirtschaft und die Folgen der Corona-Krise führen zu starken Veränderungen des Arbeitsmarktes. Für uns ist klar, dass alle diese Veränderungen nur im Dialog mit den Gewerkschaften und Betriebsräten in einer starken Sozialpartnerschaft angegangen werden dürfen. Die Vertretung von Arbeitnehmer*innen-Interessen muss in allen Unternehmen und Branchen gelten.

Arbeit soll sich stärker an dem Leben der Menschen ausrichten und nicht das Leben an der Arbeit. Dafür ist mehr Mitsprache von Beschäftigten bei Umfang, Art und Zeit wie Ort der Arbeit nötig. Wir unterstützen innovative Arbeitszeitmodelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie ein Recht auf Homeoffice auf Bundesebene (wie bereits im Abschnitt zu Familie skizziert)

Wir brauchen zudem eine gezielte Förderung von Weiterqualifizierung. Einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung wollen wir deshalb mit umfassender Beratung aus einer Hand, mit ausreichender Förderung auch des Lebensunterhalts und einem Recht auf Freistellung unterlegen.

Wie können Beschäftigte durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen befähigt werden, sich innerbetrieblich schnell an Veränderungen anzupassen?

Wir wollen in Rheinland-Pfalz Lernwerkstätten 4.0 einführen, die mit praxisnahen und zukunftsgerichteten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten die Arbeitnehmer*innen auf die Herausforderungen der Zukunft und neue Technologien vorbereiten. Darüber hinaus wollen wir unsere Berufsschulen zu Weiterbildungszentren ausbauen. Damit können auch Arbeitnehmer*innen von der Infrastruktur vor Ort profitieren können und fit für den Arbeitsmarkt bleiben. Zudem ist der Meisterbonus ein wichtiger Schritt hin zu einer gebührenfreien Meisterausbildung, was unser Ziel ist.

Wie gut sehen Sie die rheinland-pfälzische Wirtschaft sowie die Beschäftigten in puncto Digitalisierung auf einer Skala von 1 bis 10 aufgestellt? (10 = optimal). Bitte begründen Sie Ihre Einschätzung.

Wir sehen unser Land und seine Wirtschaft bei 7/10.

Gerade die mittelständisch geprägte Wirtschaft und das Handwerk stehen vor Herausforderungen bei der Digitalisierung. Wie erwähnt wollen wir dafür u.a. die Lernwerkstätte 4.0 einführen und die Berufsschulen zu Weiterbildungszentren umbauen, um auch das digitale know-how voranzutreiben. Im Vordergrund steht hierbei die Verwendung neuer Technologien zur Unterstützung der Menschen im Arbeitsalltag. Vernetzung und Automatisierung beispielsweise können ihnen viele Prozesse abnehmen oder erleichtern.

Der digitale Wandel braucht eine starke Infrastruktur. Hierbei ist gerade im Zuge der Corona-Pandemie ein richtiger Digitalisierungsschub entstanden. Diesen wollen wir nutzen, um die digitale Infrastruktur in der Fläche zu stärken und nachhaltiger zu gestalten. Unser Ziel ist der flächendeckende Glasfaserausbau und zwar bis ans Haus. Alle Bürger*innen sollen Zugang zu Gigabitbandbreiten haben. Heute liegt in der Fläche die Verfügbarkeit von 50 Mbit/s teilweise unter 70 Prozent. Das reicht für eine Gigabitgesellschaft noch nicht aus. Zu einer modernen und freien digitalen Infrastruktur gehören sichere und leistungsfähige Rechen- und Speicherkapazitäten. Für die Forschung und Wirtschaft in Rheinland-Pfalz wollen wir High Capacity Computing den Weg bereiten, damit auch in unserem Bundesland das Hochleistungsrechnen bei komplexen Aufgaben möglich wird. Wir GRÜNE wollen digitale Teilhabe für alle Bürger*innen. Ebenso eine flächendeckende Mobilfunkversorgung. Hierfür ist allerdings der Bund zuständig. Er muss endlich dafür sorgen, dass die Netzbetreiber ihre Auflagen erfüllen und Funklöcher Geschichte werden. Bei zukünftigen Vergaben von Frequenzen muss die Bundesnetzagentur ehrgeizige Ziele für eine moderne digitale Infrastruktur verbindlich durchsetzen.

Ausweitung der verkaufsoffenen Sonntage entgegenwirken

Trotzdem stellen sich für uns folgende Fragen:

Wie kann der Trend zu immer mehr verkaufsoffenen Sonntagen gestoppt werden?

Menschen haben ein Recht auf Feierabend: Wir schützen Arbeitnehmer*innen vor unbeschränkten Ladenöffnungszeiten und stehen zum Sonn- und Feiertagsschutz. Das rheinland-pfälzische Ladenöffnungsgesetz sieht vor, dass die Kommunen bis zu vier verkaufsoffene Sonntage pro Kalenderjahr als Ausnahme vom Sonntagsschutz bestimmen können. Diese müssen sich laut Bundesverfassungsgericht jedoch auf einen Anlass wie Feste oder Märkte beziehen. Wir halten diese bisherige Regelung für ausgewogen.

Die Rechtsprechung zeigt, dass dieses Gesetz verbunden mit dem grundgesetzlichen Schutz der Sonn- und Feiertage enge Grenzen für eine Sonntagsöffnung setzt. Traditionelle Feste und Märkte als Anlass ermöglichen eine Öffnung und das möchten wir erhalten. Eine anlasslose Öffnung oder eine Ausweitung der möglichen verkaufsoffenen Sonntage, wie sie von Handelsverbänden oder manchen Kommunen gefordert werden, lehnen wir jedoch ab. Ersteres lässt auch das Grundgesetz nicht zu.

Wie kann die zunehmende Ausdehnung der Arbeitszeiten in die Abende und den Samstagnachmittag begrenzt werden?

Es ist wichtig, dass die Ladenöffnungszeiten den Menschen ermöglichen, nach ihrer Arbeit abends oder am Samstag einkaufen zu können. Dies ist auch wichtig, um dem stationären Einzelhandel gegenüber dem Online-Handel nicht gänzlich die Chancen zu nehmen. Doch diese Öffnungszeiten dürfen nicht unbegrenzt ausgedehnt werden. Wir halten auch hier die Regelungen des rheinland-pfälzischen Ladenöffnungsgesetz für angemessen. Die Praxis zeigt, dass Öffnungen in den späten Abend oder Samstagnachmittag hinein nicht die Regel sind und die möglichen Öffnungszeiten meist nicht ausgereizt werden. Für die individuelle Gestaltung der Arbeitszeiten im Betrieb sind Betriebsräte und die betriebliche Mitbestimmung genauso essentiell wie die Regelungen in Tarifverträgen.

Demographische Veränderungen positiv gestalten

Für uns stellen sich folgende Fragen:

Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um der Gefährdung des sozialen Friedens entgegenzuwirken und die Kultur des Dialogs weiter aufzubauen?

Zunächst einmal: Es ist gut, dass unsere Gesellschaft vielfältiger geworden ist. Menschen, die zum Beispiel eine Behinderung haben, lesbisch, schwul, bisexuell, trans* oder intersexuell sind oder Wurzeln in anderen Kulturen haben, sind ein ebenso wertvoller Teil unserer Gesellschaft wie jeder andere Mensch auch. Denn für uns gehören alle dazu und verdienen Respekt, Teilhabe und Unterstützung. Ideologien der Ungleichwertigkeit, Hass und Hetze werden bewusst zur Legitimierung von Gewalt genutzt und können letztlich zu rassistischen und rechts motivierten Gewalttaten führen. Deshalb ist es unsere gemeinsame Aufgabe, dem entgegenzutreten und allen Menschen die gleichen Freiheiten, Sicherheiten und Chancen und ein Leben ohne Diskriminierung zu garantieren. Nur wenn wir dies nicht

schaffen, ist der soziale Frieden weiterhin gefährdet. Leider werden aber auch bei uns immer noch viele Menschen abgewertet und ausgegrenzt. Diskriminierung hat viele Gesichter, darunter Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Sexismus, aber auch Abwertung aufgrund der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität. Auch werden Menschen aufgrund ihres Alters, ihrer Religion, Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder sozialem Status abgewertet, ausgegrenzt, benachteiligt oder gedemütigt. Mit der Landesantidiskriminierungsstelle haben wir dafür gesorgt, dass von Ausgrenzung betroffene Menschen Hilfe erfahren. Wir haben das Angebot einer kostenlosen rechtlichen Erstberatung eingerichtet. Mit der Strategie Vielfalt der Landesregierung wurde eine Vielzahl an Maßnahmen und Projekten auf den Weg gebracht, um systematisch Vielfalt positiv zu gestalten und Diskriminierung zu bekämpfen. Beispielsweise konnte mit einer Plakatkampagne die Vielfältigkeit von Familien verdeutlicht werden.

Eine Politik der Vielfalt muss schnell erkennen können, wenn sich Bürger*innen ausgeschlossen oder diskriminiert fühlen. Wir GRÜNE setzen uns für einen merkmalsübergreifenden, institutionenübergreifenden und partizipativen Ansatz ein. Wir möchten die intersektionale Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausweiten und finanziell fördern, um damit präventive Ansätze zu stärken. Um die Chancengleichheit nachhaltig zu stärken, brauchen wir den **Ausbau dauerhafter Strukturen in der Arbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** und eine gute Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Auf grüne Initiative hin wurde in der laufenden Wahlperiode ein **Landesaktionsplan gegen Rassismus** und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entwickelt.

Rheinland-Pfalz braucht ein starkes **Landesantidiskriminierungsgesetz** zum Ausbau dauerhafter Strukturen. Mit einem **Landesgesetz für Chancengleichheit und Vielfalt** wollen wir die rechtlichen Grundlagen schaffen, um Diskriminierung durch Behörden und Verwaltung abzubauen und eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt zu stärken. Dieses Antidiskriminierungsgesetz des Landes soll Lücken der bisherigen gesetzlichen Regeln schließen und einzelnen Personen oder Verbänden ermöglichen, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Wir wollen weiter eine rechtliche Ausgestaltung durch eine Prozessbeistandshilfe, eine Erleichterung bei der Beweislast wie auch eine Verfristung von Ansprüchen frühestens nach einem Jahr vor. Das Gesetz soll Bereiche regeln, in denen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes bislang nicht vor Diskriminierung schützt. Die **Landesantidiskriminierungsstelle wollen wir gesetzlich** verankern und mit den zusätzlich erforderlichen finanziellen und personellen Mitteln ausstatten.

Mit dem neuen Landesgesetz für Chancengleichheit und Vielfalt wollen wir das **Diversity Mainstreaming** als Prinzip der Landesverwaltung verankern und **Diversity Management zu einer staatlichen Pflichtaufgabe** machen. Rheinland-Pfalz als Land der Vielfalt zu entwickeln ist eine Daueraufgabe, die viele Bereiche des staatlichen Handelns betrifft. Das gilt beispielsweise für die Kitas, Schulen und Hochschulen unseres Landes.

Den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen Rassismus und Ausgrenzung wenden, werden wir weiterhin unterstützend zur Seite stehen und ihre sinnvollen Projekte fördern.

Was kann getan werden, um Altersarmut zu vermeiden?

Wer ein Leben lang arbeitet, darf in seinem Lebensabend nicht auf Grundsicherungsniveau fallen. Unsere Lösung ist das Konzept der grünen **Garantierente**, die oberhalb der Grundsicherung liegt, steuerfinanziert ist und geringere Eingangshürden als die Grundrente der Großen Koalition hat. Insbesondere Frauen profitieren davon. Wer 30 Versicherungsjahre hat, soll nach heutigem Stand mindestens 920,70 Euro im Osten bzw. 960,90 Euro im Westen erhalten – und zwar über die gesetzliche Rentenversicherung, ohne Bedürftigkeitsprüfung. Im Gegensatz zu anderen Mindestrentenmodellen bestehen für die grüne Garantierente geringe Zugangshürden. So sollen bereits 30 Versicherungsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung ausreichen, um anspruchsberechtigt zu sein. Beim grünen Garantierentenkonzept werden neben den Jahren, in denen in die Rentenkasse eingezahlt wurde, zudem auch Versicherungszeiten ohne Beitragszahlung wie bei der Kindererziehung oder Pflege, Schwangerschaft, Mutterschutz, Arbeitslosigkeit mit und ohne Beitragszahlung, Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit berücksichtigt.

Wer selber betrieblich oder privat vorsorgt, soll belohnt werden. Alle Alterseinkommen aus der betrieblichen und privaten Rentenversicherung werden nicht auf die Garantierente angerechnet. Das hilft den Menschen, ihr Alterseinkommen aus der Gesetzlichen Rentenversicherung aufzustocken und schafft zudem Anreize für ein auskömmliches Einkommen im Alter Vorsorge zu betreiben.

Unsere rentenpolitische Strategie setzt nicht nur bei den Altersvorsorgeformen, sondern bereits im Erwerbsleben an. Denn wer nicht genug verdient, kann auch nicht fürs Alter vorsorgen. Deswegen wollen wir die Arbeitsbedingungen verbessern und die Rahmenbedingungen für steigende Löhne schaffen, damit die Menschen genug Ansprüche für später aufbauen können. Außerdem wollen wir die gesetzliche Rentenversicherung stärken, indem weitere Gruppen einbezogen werden, das Rentenniveau stabilisieren und die private sowie betriebliche Rentenversicherung stärken.

Alle Menschen sollen in Zukunft einen Anspruch auf Garantierente haben – aber nur wenige sollen sie benötigen. Das ist unser Ziel.

Wie können die Sozialkassen gestärkt werden?

Wenn Erwerbsbiografien immer vielfältiger werden, ist die Rentenversicherung umso mehr gefordert. Es gilt, eine verlässliche Sicherung über alle Erwerbsformen hinweg zu gewährleisten. Im Sinne einer solidarischen und inklusiven Gesellschaft wollen wir die Rentenversicherung deshalb schrittweise zu einer universellen Bürgerversicherung weiterentwickeln. In einem ersten Schritt sollen nicht anderweitig abgesicherte

Selbstständige sowie Minijobber*innen, Langzeitarbeitslose und Abgeordnete einbezogen werden. In einem zweiten Schritt wollen wir auch Beamt*innen sowie weitere Gruppen von Selbstständigen in die Bürgerversicherung integrieren. Dadurch werden Versicherungslücken geschlossen und eigene Ansprüche aufgebaut. Die Bürgerversicherung ist damit nicht zuletzt eine zentrale präventive Maßnahme gegen Altersarmut.

Die finanziellen Lasten für die Gesundheitsversorgung müssen gerecht verteilt werden. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene für die **grüne Bürgerversicherung** einsetzen, in der alle Bürger*innen – ohne Unterscheidung zwischen gesetzlicher und privater Versicherung – in einer Versicherung eingebunden sind. Damit wollen wir die Beiträge und Versorgungskosten sozial gerecht und familienfreundlich auch auf die starken Schultern verteilen und allen Bürger*innen eine gute Versorgung und einen raschen Zugang zu gesundheitlichen Leistungen ermöglichen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine gerechtere Finanzierung der Pflege ein. Dazu wollen wir das bisherige Finanzierungssystem umkehren. Bisher ist die Unterstützung durch die Pflegeversicherung gedeckelt, und die Betroffenen bezahlen den Rest. Mit unserer Idee der **Doppelten Pflegegarantie** erreichen wir, dass die Kosten für die Pflegebedürftigen auf einen Sockelbetrag beschränkt werden, der deutlich unter den aktuell durchschnittlichen 680 Euro liegen soll. Alle darüberhinausgehenden pflegerischen Kosten werden von der Pflegekasse getragen. Mit unserem Konzept einer grünen **Bürger-Pflegeversicherung** wollen wir die Finanzierung der Pflege auf mehr Schultern und damit gerechter verteilen.

Wie wurde das Mindestlohngesetz in Rheinland-Pfalz umgesetzt?

Soweit Tariftreue nicht gefordert werden kann, gilt seit 1. Januar 2019, dass öffentliche Aufträge in Rheinland-Pfalz nur an Unternehmen vergeben werden, die sich bei Angebotsabgabe verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) zu zahlen (ab 1. Januar 2021: 9,50 € brutto je Zeitstunde).

Inwiefern / Wo wird ein Änderungs- bzw. Ergänzungsbedarf gesehen?

Wer arbeitet, soll von der Arbeit gut leben können. Deshalb muss der Mindestlohn deutlich steigen. Eine Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro wollen wir auf Bundesebene erreichen. Rheinland-Pfalz muss hier mit gutem Beispiel vorangehen und das Mindestentgelt im Landestariftreuegesetz (LTTG) analog zu dem von uns geforderten Mindestlohn auf 12 Euro setzen.

Wie kann eine geschlechterunabhängige Entlohnung erreicht werden?

Frauen arbeiten durchschnittlich für deutlich geringere Bezahlung, übernehmen die meiste Haus- und Familienarbeit und sind in gehobenen Leitungspositionen durchgängig stark unterrepräsentiert. Frauen haben auch in Rheinland-Pfalz rund 20 Prozent weniger Einkommen als Männer. Durch die Folgen der Corona-Krise sind Frauen bei der Teilhabe am Erwerbsleben weiter zurückgefallen. Wir GRÜNE wollen die **Lohnlücke endlich schließen**. Deswegen werden wir uns über den Bundesrat für ein wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz** einsetzen. In Rheinland-Pfalz erstellen wir einen Lohnatlas, um mehr Transparenz zu erreichen. **Außerdem können flexiblere Arbeitszeitmodelle** Frauen und Männer dabei unterstützen, sich **die Sorge für ihre Familie und eine Erwerbstätigkeit partnerschaftlich zu teilen**. Auf Bundesebene muss das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern ersetzt werden, um Fehlanreize für eine ungleiche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zu verhindern. **Zuverlässige und bedarfsgerechte Ganztagsbetreuungsangebote** auch für Schulkinder und auch in den Ferien sind die Grundlage dafür, Barrieren für eine gleiche Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben abzubauen.

Weniger als 30 Prozent der abhängig Erwerbstätigen in Führungspositionen in Rheinland-Pfalz sind weiblich – obwohl die Frauen im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse als Männer erreichen. Oft hilft die freiwillige Selbstverpflichtung nicht, deswegen sind **Quoten ein wichtiges Instrument für mehr Parität**. Wir GRÜNE kennen aus eigener Erfahrung mit der Quote die positiven Effekte. Eine Quote verändert auch die Führungskultur, den Kommunikationsstil, führt zu Vielfalt und nachweislich zu mehr wirtschaftlichen Erfolg. Zusätzlich wollen wir mehr Sensibilität für die Option „Führen in Teilzeit“ schaffen.

Welche weiteren Rahmenbedingungen können geschaffen werden, damit Paare wieder eher bereit sind, (mehrere) Kinder zu bekommen?

Wie bereits im Abschnitt Familie erläutert, wollen wir bei der Weiterentwicklung der Regelungen zum Elterngeld die **partnerschaftliche Aufteilung der Sorge für Kinder** zur Norm machen. Außerdem setzen wir uns für ein Modellprojekt ein, dass Familien „alle Leistungen aus einer Hand“ ermöglicht und damit bei der Beantragung der ihnen zustehenden finanziellen Leistungen entlastet.

Mit einem landesweiten Konzept wollen wir dafür sorgen, dass Familien günstiger Dienstleistungen und Einrichtungen aus den Bereichen Soziales, Kultur und Bildung in Anspruch nehmen oder besuchen können. Hierfür haben wir ein Modellprojekt für eine Familienkarte gestartet und wollen diese Familienkarte landesweit ermöglichen. Mit dieser Karte erhalten Familien Informationen und Vergünstigungen. Sie kann so Familien niedrigschwellig eine kleine aber merkbare Unterstützung bieten.

Mit den Programmen **Guter Start ins Kinderleben** und **Frühe Hilfen** erreichen wir vor allem Frauen, Familien und Kinder, die bei der Geburt eines Kindes bei den vielen kleinen und

großen Herausforderungen eine besondere Unterstützung benötigen. Es wird zum Beispiel ermöglicht, dass Familienhebammen Müttern und Vätern eng zur Seite stehen und individuelle Beratung leisten können.

Ein flächendeckendes Netz kostenfreier landesgeförderter **Beratungsstellen** in Rheinland-Pfalz hilft Familien in besonderen Problemlagen. Wir wollen diese Beratungsangebote fördern und weiterentwickeln, um den Zugang zu erleichtern. Das gilt auch für Häuser der Familien, Familienbildungsstätten und Familienzentren.

Mit all diesen Maßnahmen wollen wir die Rahmenbedingungen für die Familiengründung verbessern und Familien dauerhaft entlasten.

Für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik

Für uns stellen sich folgende Fragen:

Was hat sich in den letzten Jahren hier getan?

In den letzten Jahren hat sich in Sachen Fluchtursachen bekämpfen extrem wenig getan. Rund 80 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, weil in ihrer Heimat Kriege oder Konflikte brodeln oder sie keine Möglichkeit zum Überleben sehen. Nur etwa jeder zehnte Flüchtling erreicht Europa. Die allermeisten von ihnen fliehen innerhalb ihres eigenen Landes oder halten sich in den meist sehr armen Nachbarstaaten bzw. in den jeweiligen Konfliktregionen auf. Statt mit einer nachhaltigen Entwicklungspolitik Fluchtursachen zu bekämpfen, ziehen die westlichen Industrienationen die Grenzmauern hoch und lassen die Menschen auf gefährlichen Fluchtrouten alleine – auch Deutschland und die EU. In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung das Asylrecht massiv verschärft, Wir GRÜNEN nehmen es nicht hin, dass humanitäre Standards immer weiter heruntergefahren werden und kämpfen weiter für eine humane Geflüchtetenpolitik in Rheinland-Pfalz und bundesweit. Die mit dem Asyl-Pakt der Europäischen Kommission geplanten Verschärfungen des Asylrechts lehnen wir auch ab. Wir stehen für eine gerechte und solidarische, an den Möglichkeiten der Aufnahmeländer orientierte Teilung der Verantwortung bei Aufnahme und Verteilung von Schutzsuchenden in Europa. Dabei müssen Mindeststandards für die sozialen und rechtstaatlichen Aufnahmebedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten gewährleistet sein.

Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen, sei es aufgrund von Krieg, Verfolgung, Folter, Hunger, Dürren oder anderen Krisen. Ein wichtiger Baustein der rheinland-pfälzischen, deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik muss die Bekämpfung der Fluchtursachen sein. Unser Ziel muss sein, die wirtschaftliche, ökologische und humanitäre Situation der Menschen in ihren Herkunftsländern zu verbessern und vor Ort Frieden, Sicherheit und Entwicklungsperspektiven zu schaffen. Darüber hinaus braucht es eine effektive

Klimaschutzpolitik, um zu vermeiden, dass zukünftig Millionen von Menschen wegen der Klimakrise ihre Heimat verlassen müssen.

Die strukturellen Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen sind nicht kurzfristig zu beseitigen. Vielmehr ist das eine Daueraufgabe, die aber kurzfristig anzugehen ist. Dagegen wird aber auf Bundesebene kaum was getan. Unsere Partei ist die Einzige, die für einen echten Klimaschutz steht. Die Weltmeere werden überfischt und es wird in Kauf genommen, dass unsere Agrarexporte andernorts die Existenzgrundlage von Bäuerinnen und Bauern zerstören. Der ungleiche Ressourcenverbrauch der Industrieländer sowie die immer noch bestehenden Menschenrechtsverletzungen in internationalen Lieferketten wirken sich ebenfalls auf Fluchtbewegungen aus. Mit unseren CO₂-Emissionen zerstören wir das weltweite Klima. Als Folge ist die Klimakrise eine Fluchtursache, die sich in den nächsten Jahren deutlich verstärken wird. Es braucht deshalb eine kohärente internationale Politik und strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und beim Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN vorgeben.

Obwohl Krieg eine zentrale Fluchtursache ist, exportiert Deutschland Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisengebiete. Das trägt dazu bei, dass sich die Situation in den Ländern des globalen Südens nicht hin zu einer friedlicheren, stabileren Gesellschaft entwickeln kann.

Welche Maßnahmen müssen in den Herkunftsländern noch getroffen werden, um die Fluchtursachen bekämpfen zu können?

Wir GRÜNE wollen einen Neuanfang in der Fluchtursachenbekämpfung und mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Konfliktprävention.

Wir setzen uns dafür ein, die Krisenprävention in den Herkunftsländern zu verstärken. Wir fordern die Bundesregierung seit langem auf ihre diplomatischen Anstrengungen sowie die zivile Krisenprävention zu verstärken, um aktuelle Krisen beizulegen. Rüstungsexporte in Krisengebiete und an Staaten mit einer „hoch problematischen Menschenrechtslage“ müssen gestoppt und ein Wechsel zu einem fairen Handel mit Entwicklungsländern eingeleitet werden.

Außerdem wollen wir regionale Friedensansätze unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft stärken, etwa in Syrien, Afghanistan, im Irak oder in Libyen. Die Bundesregierung soll sich im Rahmen der Vereinten Nationen „vehement“ für politische Lösungen einsetzen bzw. laufende Verhandlungsprozesse konsequent und mit Nachdruck unterstützen.

Welche Änderungen in der eigenen Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sind angezeigt?

Zusätzlich zu den oben genannten Maßnahmen, wollen wir umweltschädliche Subventionen abbauen und uns für eine nachhaltige Beschaffung einsetzen. Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin für die Einführung eines Lieferkettengesetzes - zur gesetzlichen Verankerung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten und verbesserter Transparenz von deutschen

Unternehmen in den globalen Lieferketten durch wirksame ordnungsrechtliche Sanktionen - stark machen.

Auf Landesebene wollen wir Partnerschaften mit unseren Freund*innen im Ausland nachhaltig und sozial gestalten. Der Austausch mit Partnerschaften des Landes basiert auf Augenhöhe, dabei lassen wir uns von friedenspolitischen und Eine-Welt-Prinzipien leiten. Wir möchten unsere Partnerschaften und Kooperationen ausbauen und zusätzlich mehr nachhaltige, soziale und friedliche Projekte fördern.

Internationale Verantwortung wahrnehmen - wirksames Lieferkettengesetz verabschieden

Für uns stellen sich folgende Fragen:

Wie stehen Sie zu unseren Forderungen?

Wir unterstützen diese Forderungen. In Zeiten einer voranschreitenden Globalisierung müssen Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung in internationalen Lieferketten endlich Einhalt geboten werden. Ausbeuterische Produktionsweisen dürfen kein Wettbewerbsvorteil sein. Ein ausgewogenes Lieferkettengesetz kann die Interessen aller vereinen. Die Bundesregierung muss endlich ein wirksames Gesetz verabschieden und keinen Papiertiger vorschreiben. Seit Jahren wird der Prozess verzögert und verwässert. Wir brauchen ein echtes Gesetz, das Mensch und Umwelt in den globalen Lieferketten wirklich schützt und das durch gleiche Regeln für alle Wettbewerbsnachteile für verantwortungsvolles Handeln beendet.

Wir wollen aber bereits auch auf Landesebene vorangehen. Als große Auftraggeberin hat das Land Rheinland-Pfalz eine enorme Marktmacht und Vorbildrolle bei der Auftragsvergabe. Wir setzen uns deshalb für eine gesetzliche Regelung ein, die alle öffentlichen Beschaffungsstellen in Rheinland-Pfalz verpflichtet, **ökologische und soziale Kriterien und die Menschenrechte zu berücksichtigen**. Verstöße sollen sanktioniert werden. Die öffentlichen Beschaffungsstellen haben dafür zu stehen, dass Arbeits- und Menschenrechte eingehalten werden. **Tariftreue, gute Arbeit, ökologische** Standards und soziale Standards müssen bei allen öffentlichen Ausschreibungen und Beschaffungen obligatorisch sein. Um dies zu gewährleisten, wollen wir das Landestariftreuegesetz und die Vergabeordnung reformieren und die Mitarbeiter*innen in den Beschaffungsstellen des Landes und der Kommunen angemessen **fachlich schulen**. In der Landesverwaltung wollen wir eine **Koordinationsstelle öko-soziale Beschaffung** für Beratung und Überwachung einsetzen.

Sofern ein Lieferkettengesetz bereits verabschiedet wurde: Wo sehen Sie einen Änderungs- und Anpassungsbedarf?

Bisher wurde leider kein solches Gesetz verabschiedet.

Für eine nachhaltige und gerechte Klima- und Strukturpolitik

Für uns stellen sich folgende Fragen:

Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um hier eine Trendwende zu erreichen?

- *Die Klimaziele des Pariser Abkommens, insbesondere die 1,5 Grad Begrenzung, Grundlage aller Entscheidungen sein muss;*

Der Schutz unserer Umwelt und damit gleichsam unserer Lebensgrundlage war Gründungsmotivation der grünen Partei. Heute sehen wir angesichts der Klimakrise hierin immer noch die entscheidende Aufgabe der Politik in unserem Jahrzehnt. GRÜN ist die richtige Wahl für alle, die wollen, dass wir bei allen Entscheidungen den Klimaschutz voranstellen. Unser Ziel ist es, das Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten und damit die Grenzen der Belastbarkeit unseres Planeten als Maßgabe unseres politischen Handelns zu setzen. Mutig und konsequent stellen wir uns dieser Aufgabe mit unseren Ideen zu einer umfassenden Mobilitäts-, Agrar- und Energiewende.

Wir möchten, dass der Staat, die Gemeinden und die Gemeindeverbände bei ihrem Handeln Klimaschutz und das Nachhaltigkeitsprinzip berücksichtigen, um die Interessen zukünftiger Generationen zu wahren. Daher wollen wir den Klimaschutz und den Nachhaltigkeitsgrundsatz als Staatsziel in der Verfassung verankern. Kommunen müssen sich heute immer wieder für Investitionen rechtfertigen. Wir werden Klimaschutz als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung verankern, damit die Kommunen in unsere Zukunft investieren können. Bei Entscheidungen der Landesregierung und des Landtags soll eine Klimafolgenabschätzung erstellt werden. Dabei soll der bestehende Klimabeirat zu einem Klimarat weiterentwickelt werden, in dem Akteur*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft stärker in Entscheidungen eingebunden werden.

Entschieden setzen wir uns daher ein für mehr Klimaschutz und streben eine sozial gerechte und klimaneutrale Gesellschaft bis 2035 an. Wir werden ein Treibhausgasbudget für Rheinland-Pfalz als zentrales Steuerungselement aller politischen Bereiche und der zugrundeliegenden Entscheidungen entwickeln und fortlaufend überprüfen. Die Energiewende und nachhaltiges Wirtschaften sind Voraussetzung für konsequenten Klimaschutz und damit den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie Grundlage für den Wohlstand in unserem Land: Wir wollen daher 100% des Stroms erneuerbar erzeugen. Wir sind uns bewusst, dass unser Bundesland nur mit erheblichen Anstrengungen auf den 1,5 Grad-Pfad kommen wird. Außerdem schaffen wir dieses Ziel nur, wenn wir von der Bundesebene Rückenwind bekommen für die Mobilitäts- und Wärmewende, den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Landwirtschaft und die Gebäudesanierung.

- Der Klimaschutz zwingend mit einer innovativen Energiewende verzahnt werden muss;

Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir auch künftig einen dynamischen Ausbau Erneuerbarer Energien sicherstellen. Um unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar zu erzeugen, wollen wir die installierte Leistung zur Gewinnung von Windenergie mindestens verdoppeln und die Photovoltaik-Leistung bis 2030 mindestens verdreifachen. Unser sonniges Bundesland bietet die besten Voraussetzungen, um Solarenergie zu nutzen. Wir GRÜNE wollen dieses Potenzial ausschöpfen und die Energieerzeugung aus der Sonne deutlich ausbauen. Bei Neubauten, Dachsanierungen und neuen Parkplätzen setzen wir daher auf eine Pflicht für Photovoltaik-Anlagen. Ebenso soll bei umfangreichen Modernisierungen von Gebäuden der Einsatz von Solarenergie vorgeschrieben werden, wenn keine dringenden Gründe dagegen sprechen. Wir wollen den Einzelhandel, die Kommunen und Unternehmen darin unterstützen, dass sie ihre Parkplätze mit Solarcarports als Schattenspender, Stromlieferant und Ladestelle für Elektroautos überdachen. Auch auf artenarmem Grünland und ertragsarmem Ackerland wollen wir den Bau von Solaranlagen naturschutzgerecht erweitern. Bei der Ausweisung geeigneter Flächen sowie der Entwicklung entsprechender Flächennutzungspläne sollen die Kommunen beraten und unterstützt werden. Mit zusätzlicher Agro-Photovoltaik lässt sich die Energiewende sinnvoll mit der Landwirtschaft verbinden: Auf Agro-PV-Flächen wird Solarstrom erzeugt und gleichzeitig können sie weiter landwirtschaftlich genutzt werden. Die Windenergie ist das Rückgrat der Energiewende. Wir werden alles daransetzen, beim Ausbau der Windenergie weiter vorne dabei zu bleiben. Um die Leistung der Windenergie erheblich zu steigern, müssen wir mehr Flächen nutzen und Altanlagen systematisch durch neue, leistungsfähigere Maschinen am selben Standort ersetzen (Repowering). Diese Möglichkeit des Repowering werden wir erleichtern. Allein durch den Austausch eines Windrades kann schnell das Dreifache an Leistung erzielt werden. Wir überarbeiten das Landesentwicklungsprogramm im Einklang mit dem Emissions-, Natur- und Klimaschutz, um den notwendigen Flächenbedarf von zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie tatsächlich bereithalten zu können – ebenso wie Sonderflächen, zum Beispiel entlang von Autobahnen und Bahntrassen. Dafür müssen aber auch die Rahmenbedingungen auf Bundesebene stimmen, weswegen wir uns hier für zahlreiche Verbesserungen einsetzen.

Entgegen aller Widerstände haben wir uns konsequent gegen Atomkraft und für die Abschaltung der gefährlichen grenznahen Pannenreaktoren Fessenheim, Cattenom, Tihange und Doel eingesetzt. Unser Engagement lohnt sich: Fessenheim ist im Jahr 2020 tatsächlich vom Netz genommen worden. Gegen die verbleibenden Atomkraftwerke werden wir weiterhin mit allen Mitteln kämpfen.

*- Die Mobilität der Bürger*innen unter Klimaaspekten beurteilt werden muss; der allgemeine Trend zur Urbanisierung und Verstädterung gestoppt werden muss, um - z.B. bezahlbaren Wohnraum in den Städten wieder zu erreichen. Gleichzeitig ist der ländliche Raum zu stärken, damit eine Gegenbewegung entstehen kann. Parallel dazu*

sind Investitionen in den ÖPNV, in den Ausbau der Radinfrastruktur Beispiele, die helfen können, eine Mobilitätswende zu erreichen.

Für uns GRÜNE ist selbstverständlich: Jede*r muss für den Weg zur Arbeit, zum Einkaufen und für Freizeitaktivitäten ein gutes Angebot des Nahverkehrs vor Ort haben – auch und gerade im ländlichen Raum. Dabei haben wir GRÜNEN die unterschiedlichen Herausforderungen des ländlichen Raums und der städtischen Mobilität fest im Blick. Wir führen die Mobilitätsgarantie für Rheinland-Pfalz ein und steigern das Angebot im Nahverkehr und auf der Schiene tags wie nachts erheblich. Die Geschwindigkeit beim Um-, Aus- und Neubau von Radwegen wollen wir verdoppeln und mehr Gelder einsetzen. Alternative Konzepte wie E-Dorfautos und Carsharing unterstützen wir und sichere Wege für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Doch eine bessere Infrastruktur allein genügt uns nicht. Unsere Mobilität muss auch klimaneutral werden und die Menschen vor Luftschadstoffen schützen. Deshalb wollen wir im Verkehr umsteuern und alternative Antriebsformen wie die E-Mobilität ausbauen. Unser Ziel ist es, dass der Strom für die E-Mobilität dabei zu hundert Prozent aus Erneuerbaren Energien stammt. Auch bei Busflotten setzen wir auf alternative Antriebstechnologien.

Wohnen ist ein Menschenrecht und gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen eines jeden Menschen. Jede*r hat das Recht, angemessen zu wohnen. Daher ist es eine unserer zentralen politischen Aufgaben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Das geht nur mit sozial gefördertem Wohnungsbau bei gleichzeitiger Eindämmung der Mietpreisexplosion in unseren Städten und Eingrenzung der Immobilienspekulationen. Wenn Kommunen einen rechtssicheren Mietendeckel einführen wollen, werden wir sie als Land darin unterstützen, um stark wachsenden Mieten wie in den Ballungszentren in Rheinland-Pfalz entgegenzuwirken.

- Alle hergestellten Produkte umwelt- und sozialverträglich, langlebig und recycelbar sein müssen. Öffentliche Beschaffungen müssen dabei diese Standards zwingend berücksichtigen.

Immer mehr Menschen achten bei ihren Anschaffungen auf Nachhaltigkeit und soziale Aspekte. So trägt beispielsweise die Entscheidung für fair gehandelte, ökologisch erzeugte Produkte zu einem verantwortlichen Wirtschaften im globalen Zusammenhang bei. Reparieren statt wegwerfen – dieses Prinzip wollen wir in Rheinland-Pfalz stark machen. Wir brauchen ein europaweit geltendes Recht auf Reparatur. Mit öffentlichen Informationen und Kampagnen wollen wir auf die Notwendigkeit von nachhaltigem und fairem Konsum aufmerksam machen. Verantwortlicher Konsum soll im Rahmen einer zeitgemäßen Verbraucherbildung stärker vermittelt werden.

Wie gut sehen Sie derzeit Rheinland-Pfalz auf einer Skala von 1 bis 10 aufgestellt (10 (= optimal aufgestellt)? Bitte begründen Sie ihre Einschätzung.

Wir sehen Rheinland-Pfalz in diesem Bereich bei 7/10.

In zehn Jahren intensivem Kampf für Klimaschutz haben wir in Rheinland-Pfalz viel erreicht, auch im Vergleich zu anderen Ländern. Das GRÜN geführte Umweltministerium hat hieran einen sehr großen Verdienst. Als erstes Flächenland haben wir als GRÜN mitregierte Landesregierung ein Klimaschutzgesetz eingeführt. Jede zweite hier erzeugte Kilowattstunde Strom stammt bereits aus Erneuerbaren. Unser Ziel, den CO₂ Ausstoß bis 2020 um 40% zu reduzieren, haben wir nahezu erreicht. Dennoch bleibt viel zu tun, damit wir unsere Ziele 100 Prozent erneuerbaren Strom bis 2030 und Klimaneutralität bis 2035 realisieren können. Gerade in der Verkehrspolitik brauchen wir schnelle und zielsichere Veränderungen, um die Mobilitätswende umzusetzen. Denn unser eigener grüner Anspruch kann in dem von Ihnen formulierten Ranking nur eine 10 sein. Wir brauchen einen deutlich stärkeren Ausbau der Erneuerbaren, eine Revolution in der Mobilität, in der Art unseres Wirtschaftens, unserer Produktion und unserer Energiegewinnung um die angestrebten Klimaziele zu erreichen. Daher setzen wir uns so engagiert für die genannten Maßnahmen ein, um unsere Umwelt, unseren Planeten und damit unsere Lebensgrundlage zu erhalten.

Arbeitsschutz – Werkverträge

Für uns stellen sich folgende Fragen:

Wie stehen Sie zur Begrenzung oder gar Abschaffung der Leiharbeit generell?

Leiharbeit sowie Werk- und Dienstverträge ermöglichen Unternehmen Flexibilität, um vorübergehende Personalbedarfe zu decken. Bei vorübergehenden Personalengpässen und Auftragsspitzen kann insbesondere die Leiharbeit (auch Arbeitnehmerüberlassung oder Zeitarbeit) hilfreich sein. Um diese Flexibilität weiterhin zu ermöglichen, ist es aber notwendig, den Missbrauch von Leiharbeit und Werk- bzw. Dienstverträgen zu verhindern. Denn viel zu häufig dienen diese Flexibilisierungsinstrumente vorrangig dem Lohndumping oder der Umgehung von Arbeitnehmerrechten. Unhaltbare Zustände - wie es sie zum Beispiel in der Fleischindustrie gibt - machen den gesetzlichen Handlungsbedarf mehr als deutlich. Das schadet nicht nur den Beschäftigten, sondern auch den verantwortungsvollen Betrieben, die mit solcher Konkurrenz Gefahr laufen, vom Markt gedrängt zu werden.

Wir GRÜNE wollen wirksam sicherstellen, dass die Leiharbeit nur vorübergehend eingesetzt wird. Darum fordern wir Equal Pay vom ersten Tag an. Für die Flexibilität, die die Nutzung von Leiharbeit mit sich bringt, sollen Arbeitgeber zudem eine sogenannte Flexiprämie an die Leiharbeitskräfte bezahlen. Damit wäre die Leiharbeit in der Summe teurer als die Anstellung eigener Arbeitnehmer. So wäre sichergestellt, dass Unternehmen Leiharbeit tatsächlich nur dann einsetzen, wenn es sich um vorübergehende Auftragsspitzen handelt. Leiharbeit eignet sich damit nicht mehr, um Kosten zu sparen und Löhne zu drücken. Sie würde nur

vorübergehend eingesetzt. Eine Höchstüberlassungsdauer – wie die der Bundesregierung - ist dann nicht notwendig.

In welchem zeitlichen Rahmen sollen Ihrer Meinung nach Veränderungen eintreten?

Die beschriebenen Änderungen sollen so schnell wie möglich umgesetzt werden.



Anne Spiegel